

DER LANDTAG SCHLESWIG-HOLSTEIN

4. Tagung vom 26. bis 28. September 2012

Parlamentszeitung für Schleswig-Holstein



www.sh-landtag.de

Neue Regeln für den Knickschutz?

Landtagsfraktionen
sind sich uneins



- Streit um Windmesse: Landespolitiker deuten Kompromisslinie mit Hamburg an
- Diskussion um Geschäftsordnung: Piraten-Fraktion lässt nicht locker

Altenparlament nimmt das
Thema Armut ins Visier

Berichte und Hintergründe zu den Plenarthemen der 4. Tagung im September 2012 (18. Wahlperiode) sowie Aktuelles aus dem Landeshaus - Redaktionsschluss: 26. Oktober 2012 -

Partnerschaft mit Hamburg

- Streit um Windmesse erneut Thema im Landtag
- Grundlagen-Staatsvertrag wird skeptisch gesehen

3

Versammlungsrecht / Internet

- Landesgesetz soll für friedliche Demonstrationen sorgen
- Breites Votum für Freiheit und Datenschutz

4

Geschäftsordnung / Landesdienst

- Schlagabtausch über Vertraulichkeit und Laptops
- Mehr Lehrer – weniger Polizisten?

5

Kommunen / Behörden und Betriebe

- Neues Hilfsmodell für klamme Städte und Kreise
- Stärkere Personalräte / • neue Förderung

6

HSH Nordbank / Tariftreue

- Neue Warnzeichen: Muss das Land erneut einspringen?
- Neuer Anlauf im Kampf gegen Dumping-Löhne

7

Schulpolitik

Diskussionen um • Gastschüler und • Vorschaltgesetz

8

Kinderschutz / Pflege

- Vervahrlosungsfälle beschäftigen das Parlament
- Azubis sollen kein Schulgeld mehr zahlen müssen

9

AKW / Wasserabgabe / Westküste

- Landtag fordert festen Zeitplan für Rückbau
- Wasserpennig und • Förderpolitik im Visier

10

Knicklandschaft / Fischerei

- Sind neue Schutzbestimmungen notwendig?
- Neue Nachhaltigkeitskriterien gefordert

11

Themen ohne Aussprache

12

Aus den Ausschüssen...

13

Kurz berichtet...

u. a.: 200 Jahre "Kieler Frieden", Personalien

14

Altenparlament tagt zum 24. Mal im Landeshaus

15

Bürgerpreis / Ausstellung / Nachruf

16

Die nächste Plenar- ➤➤➤ www.sh-landtag.de tagung findet vom 14. bis 16. November statt. Aktuelle Informationen zu den Beratungsthemen erhalten Sie in unserem Internetangebot **plenum-online**. Die November-Ausgabe wird am Dienstag, 13. November gegen 16:00 Uhr ins Netz gestellt. Sie finden dort unter anderem den aktuellen Zeitplan, ausführliche Vorberichte und Zusammenfassungen zu allen Beratungsthemen sowie direkte Verlinkungen zu den Drucksachen und zum ParlaTV.

Titelfoto: Im Oktober geht es zwischen den Feldern kräftig zur Sache: Mit Kettenägen und schwerem Gerät widmen sich die Landwirte in dieser Jahreszeit der Knickpflege. Weil nach Ansicht der rot-grün-blauen Koalition aber bei diesen Arbeiten oftmals unsachgemäß ausge-dünnt wird, soll ein neues Schutzprogramm her. CDU und FDP hingegen sehen die Knicks heutzutage besser denn je geschützt – Bericht auf Seite 11. (Foto: grafikfoto.de)

Liebe Leserinnen und Leser,

Wie bei vielen Nachbarn, so gibt es auch zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg gelegentlich atmosphärische Störungen. Das wurde im Landtag deutlich, als es um die begehrlichen Hamburger Blicke auf die Husumer Windmesse ging. Andererseits sind die beiden Nordländer in einer Schicksalsgemeinschaft vereint, denn sie sind Hauptanteilseigner der angeschlagenen HSH Nordbank – und müssen möglicherweise finanziell geradestehen, wenn das Geldhaus weiter in die Schieflage gerät. Weiterhin ist ein Grundlagenstaatsvertrag zwischen Großstadt und Flächenland im Gespräch. Diese norddeutschen Themen sorgten für engagierte Diskussionen.

Auch das Kernthema Bildung stand wieder auf der prall gefüllten Tagesordnung: SPD, Grüne und SSW wollen weitere Umgestaltungen der Schullandschaft bis 2014 mit einem „Moratorium“ verhindern – was die Opposition heftig kritisierte. Weitgehendes Einvernehmen herrschte hingegen darüber, dass Kommunen im Hamburger Randgebiet künftig finanziell entschädigt werden sollen, wenn Kinder aus dem Nachbarbundesland bei ihnen die Schulbank drücken.

Und: Der Landtag hat sich eine neue Geschäftsordnung gegeben. Sitzungen des Ältestenrats sind nun grundsätzlich vertraulich. Ob und wofür Computer während der Plenarsitzungen benutzt werden dürfen, ist allerdings weiterhin unklar. Hierüber kam es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Piraten und allen anderen Fraktionen.

In vielen Debatten klang schon das zentrale Thema an, mit dem sich das Parlament in den kommenden Monaten intensiv befassen wird: der Haushalt für das nächste Jahr. Die neue Koalition bringt im November ihren ersten gemeinsamen Etat ein, und die Diskussion über Einnahmen, Ausgaben, Schulden und Zinsen wird dann auch zur grundsätzlichen Auseinandersetzung über politische Schwerpunkte und Konzepte werden. Alles über diese Debatte lesen Sie in der nächsten Ausgabe der Landtagszeitung.

Ihre Redaktion



Herbstkrone 2012

Mit vereinten Kräften...

...hieven Landtagspräsident Klaus Schlie (li.) und die Landjugend-Vorsitzenden aus dem Kreis Steinburg, Annika Hell und Arne Meyn, per Seilzug eine prächtige Erntekrone unter die Decke der Eingangshalle. Die Übergabe der von Jugendlichen gebundenen Krone an das Parla-

ment hat lange Tradition, wobei sich die elf Kreisverbände der Landjugend mit dem Flechten jährlich abwechseln. In diesem Jahr haben acht Landjugendliche aus Steinburg in rund fünf Stunden die aus Hafer, Roggen, Weizen und Gerste bestehende und mit Schleifen verzierte Erntekrone gefertigt. ■

Standortstreit um Windmesse:

Kieler Politiker deuten Kompromisslinie an

In dem seit Monaten brodelnden Streit mit Hamburg um die Ausrichtung der internationalen Windenergiemesse hat sich der Landtag erneut geschlossen hinter den Standort Husum gestellt. Im Rahmen einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde signalisierte Ministerpräsident Torsten Albig (SPD), dass er zwei Messen mit unterschiedlichen Schwerpunkten für möglich hält. Klar wurde aber auch: Das gesamte Parlament pocht darauf, dass Husum der Leitmesse-Standort bleibt.

Grundsätzlich werde sich die Landesregierung mit allen vernünftigen Argumenten dafür einsetzen, dass es in Husum 2014 und darüber hinaus eine erfolgreiche Windmesse geben wird, versicherte Albig. Zugleich kündigte er an, in Husum weitere Gebiete für Vorführanlagen auszuweisen und die Bundesstraße 5 auszubauen.

Union und Liberale warfen der Regierungskoalition hingegen vor, sie setze sich nicht stark genug für Husum ein. Es

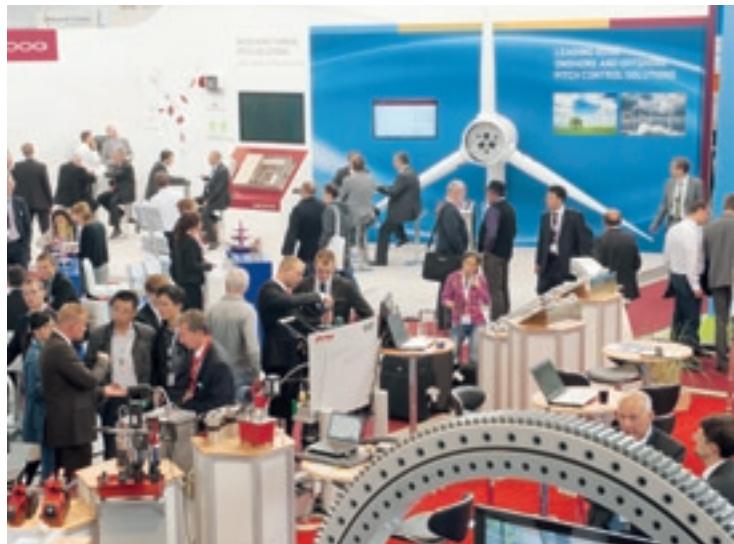
reiche nicht, „Probleme immer nur wegzulächeln“, sagte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in Richtung des Ministerpräsidenten. Die Landesregierung habe „keine klare Position zum

Messestandort Husum und keine Perspektiven oder gar Visionen für die Westküste“, schloss Oliver Kumbartzky (FDP) an.

SPD-Fraktionschef Ralf Stegner zog wie Albig eine „aufgaben-teilige Vereinbarung“ in Betracht. Mit seiner Einschätzung, dass



Ministerpräsident Torsten Albig (SPD):
„Husum ist mit der WindEnergy die Welthauptstadt des Windes. Und wir werden mit allen Mitteln dafür kämpfen, dass es auch so bleibt.“



Husum trägt seit 23 Jahren die WindEnergy aus. Hamburg will parallel zur nächsten Husumer Messe im September 2014 erstmals eine eigene Messe ausrichten. Gespräche der beiden Messegesellschaften über eine einvernehmliche Lösung waren gescheitert. Die jüngste Messe in Husum war Mitte September mit Rekordbeteiligung zu Ende gegangen.

letztlich aber die Wirtschaft entscheide, wo die Messe stattfindet, stieß Stegner in der eigenen Koalition auf Kritik. Die Messegesellschaft in Hamburg sei eine 100-Prozent-Tochter der Hansestadt, „da kann die Politik selbstverständlich Einfluss nehmen“, so Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben. Wichtig sei es, mit Hamburg „hart zu verhandeln“.

Der SSW-Vorsitzende im Landtag, Lars Harms, wies darauf hin, dass die Husumer WindEnergy in den kommenden Jahren an ihre logistischen Grenzen stoßen werde. „Da ist es klug, sich einen Partner zu suchen.“ Auch

Angelika Beer (Piraten) sprach sich für eine Kooperation aus: „Als selbsternannte Metropolregion müssen Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam zusammenstehen.“

Die Hamburger Messegesellschaft hatte vor gut einem Jahr angekündigt, ab 2014 alle zwei Jahre zeitgleich zur WindEnergy in Husum eine Windmesse an der Elbe zu veranstalten. Das belastet seither das Verhältnis beider Nachbarländer zueinander. (Drucksache 18/288neu)

Der Vertrag soll die gemeinsame Interessenvertretung gegenüber dem Bund, anderen Ländern und privaten Investoren regeln – beispielsweise in den Bereichen Straßenbau, Stromnetze, Luftfahrt, Wasserwegen, Wirtschaftsförderung oder auf Behörden-Ebene.

„Statt gegeneinander zu arbeiten, sollten Energien besser gebündelt werden“, sagte Johannes Callsen (CDU). Es sei an der Zeit, „ein neues Kapitel in der norddeutschen Zusammenarbeit“ aufzuschlagen. Ein Staatsvertrag könne sinnvoll sein, „wenn man den fairen Ausgleich“ der jeweils eigenen Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins beachtet, schloss Wolfgang Kubicki (FDP) an.

Grundlagen-Staatsvertrag? Mehrheit ist skeptisch

Das Plenum ist sich uneins, ob und wie ein Grundlagen-Staatsvertrag mit Hamburg gestaltet werden soll. Im Grundsatz stieß die CDU aber mit ihrem Vorschlag, die Zusammenarbeit mit Hamburg neu zu regeln, auf Zustimmung.

Die Koalition hingegen bevorzugte andere Formen der Zusammenarbeit. So sprach sich Martin Habersaat (SPD) für einen gemeinsamen Ausschuss und einen „Dialog der Parlamente“ aus, und Ines Strehlau (Grüne), die auf immer wiederkehrende Auseinandersetzungen mit Hamburg hinwies, plädierte für eine „Kooperationsstrategie“, in der „mehrere Projekte gebündelt“ werden sollten. Lars Harms (SSW) lehnte neue Vertragswer-

ke konsequent ab: „Wir brauchen mehr gelebte Kooperation und keine weiteren vertraglichen Regelungen.“ Er warnte davor, sich den Hamburger „anzubiedern“.

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) forderte „verbindlichere Abstimmungssituationen“. Statt Machtworte sollten dabei „rationale Prozesse“ im Vordergrund stehen. Schleswig-Holstein sei in seiner Entwicklung nur dann stark, wenn es abgestimmt mit Hamburg arbeite: „Wir können nur gemeinsam mehr erreichen“, sagte der Regierungschef.

Die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte. Die Ausschüsse Europa sowie Innen und Recht beraten weiter. (Drs. 18/178)

Landtag fordert Aussteller-Umfrage

Einen Tag nach der Debatte um den Standort der internationalen Windenergiemesse (s. Artikel oben) hat der Landtag auf Grundlage eines überfraktionellen Dringlichkeitsantrages den Senat in Hamburg aufgefordert, eine Befragung der Messeaussteller zu unterstützen. Die Hamburger Bürgerschaft wurde gebeten, auf den Senat einzuwirken, damit die Hamburger Messegesellschaft einem solchen Meinungsbild zustimmt und die Umfrageergebnisse respektiert. Den Vorschlag für eine Befragung hatte die Messegesellschaft Husum gemacht, war damit in Hamburg aber nicht auf Resonanz gestoßen. Die Messegesellschaft in Hamburg ist eine Tochter der Hansestadt. (Drucksache 18/288neu)

Land diskutiert eigenes Versammlungsrecht

Vorlage der Liberalen findet Anklang

Mit Wohlwollen hat das Plenum auf einen von der FDP vorgelegten Entwurf zur gesetzlichen Regelung von Versammlungen und Demonstrationen in Schleswig-Holstein reagiert. Redner der Koalition lobten die Stoßrichtung und zeigten sich optimistisch, gemeinsam mit der Opposition ein konsensfähiges Versammlungsrecht auf den Weg zu bringen.

FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki unterstrich die Bedeutung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, die auch schmerzhafte Meinungen zulassen müsse. Grundsätzlich gehe der Entwurf vom Kooperationsgedanken aus. Laut Kubicki sollten die Veranstalter im Dialog mit der Polizei versuchen, mögliche Gefahrenquellen bereits im Vorhinein abzustellen. Die Polizei darf nach den Vorstellungen der FDP bei Demonstrationen Bild- und Tonaufnahmen machen, aber nur unter klaren Auflagen. Diese Aufnahmen sollen „binnen zwei Monaten“ gelöscht werden. Weiterhin sieht der Gesetzentwurf, der jetzt im Innen- und Rechtausschuss diskutiert wird, unter anderem ein Vermummungsverbot vor.

Innenminister Andreas Breitner (SPD) begrüßte die Initiative, äußerte aber „Zweifel, ob der Gesetzentwurf in allen Punkten für die Praxis tauglich ist“. Er wies auf ein Versammlungsgesetz in Bayern hin, das nach Beschwerden vor dem Verfassungsgericht abgeändert werden musste.

Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 haben die Bundesländer die



Polizei und Demonstranten quasi als Partner. Das soll nach den Vorstellungen der FDP auf Grundlage eines bürgerlichen Versammlungsrechts in Schleswig-Holstein Wirklichkeit werden.

Möglichkeit, die Rechte von Bürgern und Polizei bei Versammlungen und Demonstrationen eigenständig zu regeln. Bislang haben erst fünf Länder entsprechende Gesetze erlassen. In der letzten Wahlperiode wurde ein Vorstoß der Grünen nicht mehr verabschiedet. Bis Schleswig-Holstein ein Gesetz beschließt, bleibt das Versammlungsgesetz des Bundes aus dem Jahr 1953 in Kraft.

Weitere Hauptredner: P. Nicolaisen (CDU), T. von Pein (SPD), B. Peters (Grüne), W. Dudda (Piraten), L. Harms (SSW) (Drucksache 18/119)

Breites Votum für Freiheit und Datenschutz im Internet

Freiheit im Internet und Datenschutz für Web-Surfer – diese zentralen Anliegen wollen die Piraten mit einem umfangreichen Zehn-Punkte-Katalog voranbringen.

Demnach sollen Anbieter nur dann Nutzerprofile ihrer Kunden anfertigen dürfen, wenn diese ausdrücklich zustimmen. Und: Wer einen Internetzugang bucht, sollte keine umfangreichen persönlichen Angaben machen müssen. Es gehe um die „Stärkung des Rechts auf Anonymität“, so Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer. Die anderen Fraktionen signalisierten größtenteils Zuspruch, die CDU warnte jedoch davor, dass beispielsweise Verletzungen des Urheberrechts nicht mehr verfolgt werden

könnten. Der Antrag wird nun in den Ausschüssen Innen und Recht sowie Wirtschaft beraten.

Christopher Vogt (FDP) richtete den Blick auf ein aktuelles Urteil des Bundesgerichtshofes. Demnach riskieren Cafés oder Hotels, die als Extra-Service einen freien Internetzugang über eine drahtlose WLAN-Verbindung anbieten, eine Abmahnung, wenn ein Besucher über ihren Netzzugang das Urheberrecht verletzt. Vogt rief die Landesregierung auf, über den Bundesrat für rechtliche Klarheit zu sorgen. Diesem Appell folgte der Landtag mit großer Mehrheit.

Weitere Hauptredner: A. Bernstein (CDU), K. Dolgner (SPD), R. Andresen (Grüne), L. Harms (SSW), Wirtschaftsminister R. Meyer (SPD) / (Drs. 18/173; /195)

2. Lesungen (ohne Aussprache)

Küstenschutzabgabe ist vom Tisch

Die in der vergangenen Wahlperiode im Wassergesetz verankerte Küstenschutzabgabe ist endgültig gestrichen worden. Verabschiedete das Plenum eine von den Liberalen vorgelegte Gesetzesänderung. Damit können Haus- und Grundstückbesitzer in hochwassergefährdeten Gebieten nicht für die Kostendeckung von Küstenschutzmaßnahmen wie den Deichbau herangezogen werden. Die Abgabe war bislang noch nicht erhoben worden. (Drs. 18/69, /146) – 1. Lesung: *Landtagszeitung 07/2012*

Ministerbezüge sinken, Diäten steigen

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) und seine Minister bekommen ab dem 1. Januar weniger Geld. So sinkt beispielsweise das Gehalt des Regierungschefs um 520 Euro auf 12.076 Euro im Monat und das der Minister um 480 Euro auf 11.610 Euro. Der Landtag folgte damit einer Initiative der Landesregierung, die so ihren Beitrag zur Haushaltssolidierung dokumentieren will. Die Liberalen, die in der Ersten Lesung von reiner „Symbolpolitik“ sprachen (*Landtagszeitung 07/2012*), sowie zwei Abgeordnete der Piraten stimmten dagegen; die CDU enthielt sich.

Und: Die Abgeordneten-Diäten werden in der neuen Wahlperiode turnusmäßig steigen – rückwirkend zum 1. Juli um zwei Prozent oder 143 Euro auf 7.294 Euro. Grundlage für die Festlegung der Abgeordnetenbezüge ist die allgemeine Lohnentwicklung im Lande. Sie wird seit der Diäten-Strukturreform vor sieben Jahren vom Statistikamt Nord ermittelt. Die Anhebung war zuvor im Finanzausschuss beraten und beschlossen worden. Einzig die Piraten stimmten geschlossen dagegen. (Drs. 18/31, /115, /176)

Bürgermeister-Wahlen

In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 4.000 und 8.000 wird der hauptamtliche Bürgermeister ab sofort von den Bürgern gewählt. Gegen die Stimmen der CDU verabschiedete das Plenum eine entsprechende Gesetzesänderung. (Drs. 18/90, /199) – 1. Lesung: *Landtagszeitung 07/2012*

Reform der Geschäftsordnung

Vertraulichkeit und Laptops: Piraten bläst der Wind entgegen

Über die Themen Transparenz und moderne Technik ist es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Piraten und allen anderen Fraktionen gekommen. Am Ende der Debatte beschloss das Parlament zwar eine neue Geschäftsordnung, die unter anderem die Vertraulichkeit der Ältestenratssitzungen ausdrücklich festschreibt. Inwieweit Computer künftig während der Plenarsitzungen benutzt werden dürfen, muss allerdings noch geregelt werden.

Fest steht nun: Der Ältestenrat tagt grundsätzlich vertraulich. Die Ergebnisse der Gespräche können zwar im Anschluss veröffentlicht werden, jedoch keine Gesprächsinhalte, Protokolle oder Unterlagen. Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer warf den etablierten Parteien vor, die Entscheidungsprozesse im Parlament vor den Bürgern verbergen zu wollen. Solch ein „Geheimrat“ sei aber „verfassungswidrig“; deswegen werde seine Fraktion vor das Landesverfassungsgericht ziehen.

Demgegenüber warfen die anderen Fraktionen den Parlamentsneulingen vor, an Kompromissen mit der großen Mehrheit im Landtag nicht interessiert zu sein. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, Birgit Herdejürgen, bescheinigte den „Paragrafenreitern der Piraten“, sich „in der Rolle des armen Opfers zu gefallen“. Wolfgang Kubicki (FDP) sah das genauso: Demokratie bedeute nicht, dass „sechs Abgeordnete dem Parlament vorschreiben können, was richtig und was falsch ist“, sagte er mit Blick auf die Piraten-Fraktion.

Bislang war die Vertraulichkeit nicht ausdrücklich festgelegt, und

die Piraten hatten mehrmals im Internet aus den Sitzungen berichtet. Im Falle eines „gröblichen“ Verstoßes kann künftig eine Fraktion aus dem Gremium ausgeschlossen werden. Im Ältestenrat besprechen der Landtagspräsident, seine Vizes sowie die Spitzen der Fraktionen grundsätzliche Fragen der parlamentarischen Arbeit und bereiten die Plenarsitzungen vor. Auch für die Sitzungen der Fachausschüsse gibt es nun einen Vertraulichkeitspassus in der Geschäftsordnung.

Arbeitsgerät oder Störfaktor?

Zudem attackierten die Piraten ein Mehrheitsvotum des Ältestenrats, wonach der Gebrauch von Laptops im Plenum untersagt werden soll. Stattdessen sollten nur geräuschlose mobile Tablet-Computer und internetfähige Mobiltelefone zum Einsatz kommen – und das auch nur für Zwecke der Mandatsausübung, also beispielsweise nicht, um Fotos oder Tonaufzeichnungen zu machen. Für Breyer ist dies eine „Verbotsorgie aus der Steinzeit des Parlamentarismus“. Als Grund für eine eingeschränkte PC-Nutzung hatten die

Um die Bildung als „zentralen Schwerpunkt“ der Landesregierung zu stärken, sollen in anderen Bereichen der Verwaltung Stellen wegfallen. Das hat Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) angekündigt. Die Opposition warnte vor Einschnitten bei Polizei und Justiz.

So sollen für die geplante Neuinstellung von 300 Lehrern zum kommenden Schuljahr anderswo 191 Dienstposten eingespart werden – unter anderem 75 im Innen-, 47 im Justizressort und 41 bei der Steuerverwaltung. Das Gesamtkonzept sei aber „noch nicht fertig“, so Heinold in ihrem von der CDU beantragten Be-

Mehr Lehrer – weniger Polizisten?

richt. Sie untermauerte den Plan der Koalition, ausgehend vom Jahr 2010 bis 2020 zehn Prozent aller Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen. Dies werde „keine Wohlfühlveranstaltung“, räumte die Finanzministerin ein.

Die Opposition reagierte mit harischer Kritik. Tobias Koch (CDU) warf der Ministerin vor, für „erhebliche Verunsicherung bei Polizei, Justiz und Steuerverwaltung“ zu sorgen. Die Polizei schiebe bereits jetzt „einen



Die meisten Piraten arbeiten bisher während der Plenardebatten parallel am Computer. Fraktionschef Patrick Breyer (vorne) wandte sich dagegen, dies zu reglementieren und sprach von „einer nicht hinnehmbaren Einschränkung unserer Arbeitsmittel“.

anderen Fraktionen unter anderem störende Geräusche durch klappernde Tastaturen und der Lüfter von Laptops angeführt. Außerdem seien Abgeordnete hinter aufgeklappten Bildschirmen vom Präsidium aus oft nicht zu sehen, hieß es.

Da eine Regelung über den Gebrauch von Computern aber eine Verständigung aller Fraktionen voraussetzt, traten die verschärften Vorgaben zunächst nicht in Kraft, wie Landtagspräsident Klaus Schlie am Schluss der Debatte feststellte. Auf eine konkrete Lösung will sich der Ältestenrat bis zur nächsten Landtagssitzung Mitte November verstündigen. (Drs. 18/9, /10, /181, /198) ■

Berg von 315.000 Überstunden“ vor sich her, mahnte Heiner Garg (FDP). Und laut Wolfgang Dudda (Piraten) fehlen derzeit schon in Kiel und Neu-münster 77 Polizeibeamte.

Das Regierungslager verteidigte dagegen den Kurs des Stellenabbaus. Rasmus Andresen (Grüne) unterstrich, die neue Koalition mache Schluss mit der „Ankündigungsretorik“ der Vergangenheit. Lars Winter (SPD) stellte klar: „Wir werden zwar keine Entlassungen vornehmen, aber wir werden in vielen Bereichen umstrukturieren müssen.“ Und Lars Harms (SSW) betonte, es gebe „keine Vorfestlegungen“ bei Polizei und Justiz.

(Drucksache 18/204neu) ■

Neues Hilfsmodell für klamme Kommunen

Die Nord-Ampel will den von der schwarz-gelben Koalition in der vergangenen Wahlperiode eingeführten Hilfsfonds für finanzschwache Kommunen weiterführen – allerdings unter neuen Bedingungen. Das sieht ein Gesetzentwurf der Koalition vor, den die Opposition in Erster Lesung als „Augenwischerei“ und „faulen Kompromiss“ ablehnte.

Das rot-grün-blaue Gesetz sieht vor, dass hochverschuldete Kommunen weiterhin Konsolidierungshilfen in Anspruch nehmen können. Die

Laufzeit wird aber bis 2018 (vorher 2021) beschränkt. Es stehen jährlich 90 Millionen Euro zur Verfügung; der Landesanteil beträgt 15 Millionen.

Der wesentliche Unterschied zu der Ende letzten Jahres beschlossenen CDU/FDP-Regelung: Die finanzschwachen Städte oder Kreise sollen sich anders als bisher alternativ auch für die vom Hilfsfond losgelösten herkömmlichen Fehlbedarfszuweisungen entscheiden können. Tun sie dies, erhalten sie zwar weniger Geld, müssen aber auch keine verbindlichen Zusagen abgeben, wie dies bei dem Antrag für die Konsolidierungshilfen weiterhin der Fall ist.

Dieses Modell, so Innenminister Andreas Breitner (SPD) in einem mündlichen Bericht, sei ein Zeichen für einen neuen Umgang, der „ohne Gängelung und Knebelung“ auskommt und sich den Dialog mit den Kommunen zum Ziel gesetzt hat“.

Während Redner der Koalition die Worte des Innenministers unterstrichen, sprach die Opposition von



Beate Raudies (SPD): „Mit diesem Gesetzentwurf wird die kommunale Selbstverwaltung ernst genommen und Vertrauen in die Tätigkeit der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker gesetzt“



Petra Nicolaisen (CDU): „Der Gesetzentwurf gibt den Kommunen und Städten ein falsches Signal. Sie könnten jetzt durch die Wahlfreiheit weniger sparen und erhalten trotzdem die Hilfe der kommunalen Familie.“

einem „Verschlimmbesserungsgesetz“. Das eigentliche Ziel, einen Beitrag zur Konsolidierung der kommunalen Finanzen zu leisten, werde nicht erreicht, hieß es. Die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte.

Jetzt wird der Gesetzentwurf, den die Koalition rückwirkend zum 1. Januar 2012 in Kraft treten lassen will, in den Ausschüssen für Finanzen sowie Innen und Recht beraten.

Weitere Hauptredner: E. von Kalben (Grüne), H. Garg (FDP), L. Harms (SSW) (Drucksachen 18/161, /192)

Koalition will Position der Personalräte stärken

SPD, Grüne und SSW wollen das schleswig-holsteinische Mitbestimmungsgesetz reformieren und streben eine höhere Zahl an Personalvertretern in zahlreichen Dienststellen bei Land und Kommunen an.

Derzeit gibt es in einer Behörde mit 101 bis 500 Mitarbeitern einen fünfköpfigen Personalrat. Künftig soll dies schon der Fall sein ab einer Personalstärke von 51 in der Dienststelle. Bei bis zu 300 Beschäftigten sollen sieben und bei bis zu 600 Mitarbeitern neun Personalräte vorgeschrieben werden.

Dem an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesenen Gesetzentwurf zufolge sollen Personalräte zudem Anspruch auf Sitzungsgelder erhalten, und sie sollen 20 statt bislang 10 Tage Bildungsurlaub pro Amtszeit nehmen können.

Während CDU und FDP den Standpunkt vertraten, mehr Mitbestimmung laufe dem Ziel der „Verschlankung“ der Verwaltung zuwider und belaste den Landeshaushalt, konträren SPD, Grüne und SSW: Angesichts der Verdichtung und der komplexer werdenden Arbeit in der Verwaltung seien auch mehr und gut ausgebildete Personalräte vonnöten.

Hauptredner: R. Stegner (SPD), H. H. Neve (CDU), I. Strehlau (Grüne), W. Kubicki (FDP), L. Harms (SSW), Innenminister A. Breitner (SPD) – die Piraten äußerten sich nicht (Drucksache 18/191)

Einzelbetriebliche Förderung auf dem Prüfstand

Eine breite Mehrheit im Landtag will der einzelbetrieblichen Förderung an den Kragen. In der Debatte wurde moniert, dass es häufig zu Wettbewerbsverzerrung und Mitnahmeeffekten komme.

Ausgangspunkt der Debatte war ein FDP-Vorstoß, der auf die weitgehende Abschaffung der einzelbetrieblichen Förderung zielt. Christopher Vogt warf den Regierungsfraktionen mangelnden Mut vor, sich wie im Koalitionsvertrag vereinbart zu der Abschaffung dieses Förderinstruments zu bekennen. SPD, Grüne und SSW, die sich wie die Piraten in der Sache mit der FDP einig waren, stellten klar, dass die Koalition eine Regelung auf den Weg bringen werde.

Die CDU verlangte hingegen eine bundesweite Harmonisierung der För-

derpolitik sowie die Beibehaltung der einzelbetrieblichen Förderung in strukturschwachen Regionen. Und Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) lehnte das Instrument der einzelbetrieblichen Förderung nicht grundsätzlich ab: Manchmal brauche es neben der Innovationsförderung auch die Investitionsförderung, damit „der Funke überspringt“.

Der Ausschuss für Wirtschaft berät weiter. Weitere Hauptredner: H. Hamerich (CDU), O. Schulze (SPD), A. Tietze (Grüne), P. Breyer (Piraten), L. Harms (SSW) / (Drs. 18/174, /225)



Tariftreue: Neuer Anlauf im Kampf gegen Billig-Löhne

Die Koalition will Firmen, die Dumping-Löhne zahlen, von öffentlichen Aufträgen ausschließen. Wer sich beim Land oder bei einem Unternehmen mit Landesbeteiligung bewirbt, soll seine Mitarbeiter nach einem allgemeingültigen Tarifvertrag entlohnern. Wo es den nicht gibt, soll ein Mindestlohn von 8,88 Euro pro Stunde greifen. Union und FDP kritisierten den erneuten Anlauf für ein Tariftreuegesetz als „Bürokratiemonster“.

CDU-Fraktionschef Johannes Callenbach nannte den Entwurf „überflüssig“ und „unkontrollierbar“. Die Tarifautonomie werde untergraben, und das Handwerk werde mit neuen Vorschriften gegängelt, etwa zur Geschlechtergleichstellung und zum Umweltschutz. Diese Normen würden „letztlich nur den großen Unternehmen in die Hände spielen“, so Christopher Vogt (FDP). Handwerksbetriebe und Mittelständler seien hingegen kaum in der Lage, alle Verpflichtungen zu erfüllen.

Schleswig-Holstein habe die niedrigsten Löhne in Westdeutschland, konstatierte dagegen Ralf Stegner (SPD): „Wir wollen nicht Niedriglohnland sein, sondern wir wollen durch gute Arbeit und entsprechende ordentliche Löhne in den Wettbewerb gehen.“ Lars Harms (SSW) merkte an, das Gesetz helfe auch den Unternehmen, denn es sorge für einen „fairen Wettbewerb“. Das Gesetz stoppe die Abwärtsspirale bei den Löhnen und „zieht einen Boden ein“, hob Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) hervor. Und Andreas Tietze (Grüne) betonte, jede Firma müsse sich nur einmal prüfen lassen. Wenn sie die Standards erfülle, wirke dies wie ein „Qualitätssiegel“. Die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte. Der Gesetzentwurf wird nun im Wirtschaftsausschuss weiter beraten.

Der Streit um die Tariftreue schwelt seit Jahren. Zwischen 2003 und 2010 galt in Schleswig-Holstein das von Rot-Grün und SSW verabschiedete Tariftreuegesetz. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes hatten CDU und FDP diesen Bereich in ihrem Mittelstandsförderungsgesetz 2011 neu geregelt. Seitdem müssen Betriebe bei öffentlichen Aufträgen nur dann Tariftreueerklärungen abgeben, wenn es in dem Bereich „allgemeinverbindliche“ Tarife gibt – also etwa nicht im ÖPNV. (Drs. 18/187) ■

HSH: Muss das Land erneut einspringen?

Heinold: Keine Politik mit der „Glaskugel“

In der Landespolitik herrscht große Sorge angesichts der angespannten Situation bei der teilweise landeseigenen HSH Nordbank. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) sprach im Landtag von „gravierenden Risiken für das Landesvermögen“, und auch Oppositionsvertreter zeigten sich beunruhigt. Dennoch sah Heinold zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit, Hilfsgelder für die HSH im Landshaushalt für das nächste Jahr zu reservieren, wie es FDP, CDU und Piraten fordern.

Die Ministerin wandte sich gegen eine „Haushaltspolitik mit der Glaskugel“. Die Landeshaushaltsordnung lasse es nicht zu, Ausgaben nur auf Verdacht in den Etat aufzunehmen. Zudem seien im gemeinsamen HSH-Finanzfonds der beiden Eigner-Länder Schleswig-Holstein und Hamburg „Puffer“ eingebaut.

Im zweiten Quartal dieses Jahres war die Nordbank in die Miesen gerutscht. Anschließend teilte die Bank mit, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Inanspruchnahme der Sieben-Milliarden-Euro-Garantie der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg von 38 auf 41,4 Prozent gestiegen sei. Bei einem 50-Prozent-Risiko müssten die Länder einspringen. Vor diesem Hintergrund rief Wolfgang Kubicki (FDP) die Landesregierung auf, rechtzeitig „Haushaltswahrheit und -klarheit“ herzustellen: „Wir können nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist.“ Die Eigenkapitalquote der Bank sei Ende Juni erstmals unter zehn Prozent gesunken, und eine mögliche Hilfe des Bundes stehe nur noch bis zum 31. Dezember zur Verfügung.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die HSH die Landesgarantien in Anspruch nehmen müsse, sei so hoch wie noch nie, befürchtete Tobias Koch (CDU). Wenn die Ziehungswahrscheinlichkeit im gleichen Tempo weiter steige, „dann werden wir die 50-Prozent-Marke Ende des Jahres überschritten haben“. Auch Torge Schmidt (Piraten) mahnte, der Landshaushalt müsse für den „Worst Case“, den schlimmsten Fall, gewappnet werden.

SPD-Fraktionschef Ralf Stegner warnte die Opposition dagegen vor „Kassandraufen“ – denn „düstere Szenarien“ seitens der Anteilseigner könnten dem Rating schaden. Die Entwicklung sei derzeit nicht vorherzusehen, stellte Rasmus Andresen (Grüne) heraus: „Man kann nicht genau sagen, welche Maßnahmen zu welcher Zeit ergriffen werden müssen.“ „Zahlungen sind die

Ultima Ratio, so weit sind wir noch nicht“, betonte Lars Harms (SSW). Es sei auch denkbar, dass das Land seinen Garantierahmen wieder von sieben auf zehn Milliarden Euro erhöhen müsse – „aber das sind keine Zahlungen, die wir im Haushalt rückstellen müssen.“

(Drucksache 18/223) ■



Die Krise der HSH Nordbank schlägt seit Jahren hohe Wellen. Im März 2009 hob die Landtagszeitung die sturmumtoste HSH-Zentrale in Kiel aufs Titelblatt. Damals beriet das Parlament über den Rettungsschirm für das Geldhaus. Schleswig-Holstein und Hamburg halfen schließlich der Bank, die nach Milliarden-Verlusten in schwere See geraten war, durch eine Kapitalspritze von drei Milliarden Euro sowie Garantien über zunächst zehn (später sieben) Milliarden. Insbesondere die Krise der Schifffahrt traf die HSH zuletzt hart: Für dieses Jahr wird ein kräftiges Minus erwartet. Vor diesem Hintergrund hält es die Nord-Ampel für denkbar, den Garantierahmen wieder von sieben auf zehn Milliarden aufzustocken, um eine Herabstufung des Ratings zu verhindern. Das wurde im Anschluss an eine vertrauliche Sitzung des Finanzausschusses Ende Oktober deutlich. CDU und FDP sehen dies kritisch, auch weil die EU solchen Beihilfen zustimmen müsste. Unterdessen hat die HSH für Ende Oktober den Rücktritt von Vorstandschef Paul Lerbinger angekündigt. Nachfolger wird der bisherige Finanzvorstand Constantin von Oesterreich.

Hamburger Schüler "verrechnen"?

Kommunen im Süden des Landes können auf eine Kostenerstattung für Schüler aus Hamburg hoffen, die schleswig-holsteinische Schulen besuchen.

Laut Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos) dürfen Schulträger ab 2013, „die von Schleswig-Holstein nach Hamburg abgegebenen Schüler mit den von Hamburg in Schleswig-Holstein aufgenommenen Schülern verrechnen“. Diese Regelung soll bis 2015, wenn ein neues Gastschulabkommen ausgehandelt wird, gelten.

Derzeit besuchen rund 6.000 junge Schleswig-Holsteiner Schulen in Hamburg. Im Rahmen des Gastschulabkommens überweist das Land hierfür 12,4 Millionen Euro pro

Jahr an die Hansestadt. An diesen Kosten werden die Kommunen, aus denen die Schüler stammen, beteiligt. Im Gegenzug überqueren 327 Hamburger Schüler die Landesgrenze, um an einer allgemeinbildenden Schule in Schleswig-Holstein zu lernen. Hierfür bekommen die kommunalen Schulträger jedoch keine Gelder. Laut den Liberalen müssten ihnen im Sinne der Fairness rund 360.000 Euro erstattet werden.

Im Grundsatz waren sich alle Fraktionen mit dem FDP-Abgeordneten **Heiner Garg (Foto)** einig, dass eine Kostenerstattung für die Hamburger



Schüler „nur logisch und gerecht“ sei. Die Liberalen hatten dementsprechend einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nun im Bildungsausschuss beraten wird.

Landtagszeitung einstampfen?

Im Finanzausschuss wird zudem ein Antrag zur Gegenfinanzierung beraten, der im Plenum jedoch auf Widerspruch stieß. Hier fordern die Liberalen, die von der Nord-Ampel zusätzlich eingerichtete Staatssekretärsstelle im Wirtschaftsministerium zu streichen sowie Einschnitte bei der Öffentlichkeitsarbeit des Landtages vorzunehmen – unter anderem wollen sie, dass die Printausgabe der Landtagszeitung eingestellt wird.

Weitere Redner: T. Koch (CDU), K. Vogel (SPD), I. Strehlau (Grüne), S. Krumbeck (Piraten), J. Waldinger-Thiering (SSW) (Drucksachen 18/159; /164) ■

Scharfe Kritik am "Vorschaltgesetz"

G8, G9 oder Y-Modell? Koalition will keine Umorientierung der Gymnasien mehr

Aus der Opposition kommt scharfer Protest gegen das bildungspolitische „Moratorium“, mit dem SPD, Grüne und SSW die G8-, G9- und Y-Wege zum Abitur bis Mitte 2014 reglementieren wollen. Das Regierungsbündnis wolle die Schulen „in wesentlichen Bereichen in ihrer pädagogischen Gestaltungsfreiheit einschränken“, klagte Heike Franzen (CDU).

Zudem hätten die Koalitionsfraktionen ihr Vorschaltgesetz nur drei Tage nach der Bildungskonferenz Anfang September vorgelegt, wo Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos) den Lehrern, Eltern und Schülern einen offenen Dialog angekündigt habe. Damit seien die Konferenzteilnehmer „hinteres Licht geführt“ worden, so Franzen. Wende

wies dies zurück, verteidigte den Gesetzentwurf und nannte als Ziel der Gespräche mit den Bildungsexperten, ein „Zwei-Säulen-Modell mit starken Gemeinschaftsschulen und starken Gymnasien“.

Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos): „Das befristete Vorschaltgesetz bringt die notwendige Ruhe in die Schullandschaft, verhindert hektischen Aktionsismus und ermöglicht einen ausführlichen Dialog“

Auf dem Bildungsgipfel hatte die Ministerin angekündigt, dass die von der Nord-Ampel angepeilte große Reform des Schulgesetzes nicht, wie ursprünglich geplant, zum nächsten Schuljahr, sondern erst im Sommer 2014 kommen soll (die Landtagszeitung berichtete in der letzten Ausgabe). Kurz darauf lag der Entwurf auf dem Tisch, wonach bestehende G8-Gymnasien keinen neunjährigen Bildungsgang einführen dürfen und G9-Gymnasien nicht zum Y-Modell wechseln sollen. Außerdem wollen Rot, Grün und Blau keine weiteren abschlussbezogenen Klassenverbände an Gemeinschaftsschulen erlauben; der binnendifferenzierte Unterricht von Schülern mit unterschiedlichem Leistungsvermögen im gemeinsamen Klassenverband soll die Regel sein.

Anita Klahn (FDP) merkte an, die Koalition habe ihre eigene Ministerin „desavouiert“. Denn: „Nach nur drei Tagen kassieren die regierungstragenden Fraktionen die vollmundigen schulpolitischen Vorstellungen ihrer Ministerin wieder ein, um ihre eige-

nen Vorhaben durchzusetzen.“ Auch Sven Krumbeck (Piraten) kritisierte das „Moratorium“. Es sei falsch, „Dinge zu verhindern oder auf Eis zu legen“, bevor die Beteiligten gemeinsam eine Lösung gefunden hätten.

Martin Habersaat (SPD) wies dagegen darauf hin, dass sich wegen des Vorschaltgesetzes „an keiner einzigen Schule im Lande irgendetwas ändern muss“. Es werde mit dem Gesetz nur „ein kleiner Teilaспект“ geregelt, unterstrich Anke Erdmann (Grüne). Und Jette Waldinger-Thiering (SSW) sagte, es sei „nur konsequent, wenn wir jetzt den Pausenknopf drücken, um das von Schwarz-Gelb geschaffene Bildungschaos gründlich zu durchleuchten und Schritte in die falsche Richtung zu vermeiden“.

Der Bildungsausschuss berät den Gesetzentwurf weiter. (Drs. 18/200) ■

Aufenthaltsregelung für ausländische Schüler

Die FDP will die Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative animieren, um auf eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes hinzuwirken, damit ausländische Schüler leichter an deutschen Schulen einen Abschluss machen können. Hintergrund ist ein Fall aus St. Peter-Ording. Dort wollten drei Chinesen ein Gymnasium besuchen, durften dies aber aufgrund aufenthaltsrechtlicher Bestimmung nicht. Der Antrag wurde ohne Aussprache an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. (Drucksache 18/193) ■



Nach "Kellerkind"-Fall:

Politik will Kinderschutz und Frühe Hilfen ausbauen

Nach dem Fall des Segeberger "Kellerkindes" wollen Landesregierung und Landtag den Kinderschutz im Lande weiter verbessern. Schleswig-Holstein sei zwar „seit langem Vorreiter“, sagte Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) in einer von der Regierungskoalition angestoßenen Debatte. Vor dem Hintergrund des im Juni in Bad Segeberg in einem Keller aufgefundenen verwahrlosten Drei-Jährigen bemerkte die Ministerin aber: „Zu viel Aufmerksamkeit kann es in Schleswig-Holstein nicht geben.“ Auch Sprecher aller Landtagsfraktionen betonten, dass es staatliche Aufgabe sei, Eltern zu unterstützen, aber auch zu kontrollieren.

Wenn ein Kind in verwahrlostem Zustand von der Polizei aufgefunden werde, sei „offensichtlich etwas falsch gelaufen“, hatte die Ministerin zuvor in einer von der FDP beantragten Sondersitzung des Sozialausschusses betont. Konsequenz: Das Land werde die Erkenntnisse aus dem Segeberger Fall mit den Jugendämtern aller Kreise erörtern.

Im Plenum kündigte die Ministerin zudem an, dass die "Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Famili-

enhebammen" in Schleswig-Holstein zügig umgesetzt werden soll, etwa durch eine neue Koordinierungsstelle im Sozialministerium. Aus Berlin kommen hierfür 120 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren. Frühe Hilfen sind Unterstützungsangebote ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren des Kindes. Dazu kooperieren Kinder- und Jugendhilfe, Ärzte, Schwangeren-Beratungsstellen, Frühförderung und soziale Dienste.

Aus dem Plenum

Der Landtag forderte zum Januar einen Regierungsbericht zur Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes an.

Stimmen aus dem Plenum:

- Katja Rathje-Hoffmann (CDU):** Es geht darum, Eltern zu helfen und Eltern zu kontrollieren. Dies muss man auch in den Mund nehmen: Eltern brauchen Kontrolle.
- Marret Bohn (Grüne):** Kinderschutz ist immer eine sensible Frage, ein Spagat zwischen Kindeswohl und Elternrecht. Das muss immer wieder neu abgewogen werden.
- Anita Klahn (FDP):** Es gibt in Schleswig-Holstein eine Vielzahl von sozialen Einrichtungen, die vorbildlich agieren und verschiedenste Hilfsangebote für Kinder und Familien anbieten.
- Flemming Meyer (SSW):** Es sollte allen klar sein, dass wir uns nicht mit den bis heute geschaffenen Strukturen zufrieden geben können, auch wenn sie im Vergleich noch so gut sein mögen.

Die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte. (Drs. 18/138, /207) ■



Die ehemalige Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) warf einen Blick in die Statistik: „Wir haben allein in Schleswig-Holstein pro Jahr 250 Kinder unter sechs Jahren, die in Obhut genommen werden müssen, weil Gefahr für das Wohl dieser Kinder droht.“

Pflegeausbildung soll kostenfrei werden

Angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung will die Koalition den Pflegeberuf attraktiver gestalten und mehr Augenmerk auf die Ausbildung richten. Der Opposition gehen die Pläne nicht weit genug.

Ein Kernpunkt: Die Pflegeausbildung soll kostenlos werden. So sollen Pflege-Azubis kein Schulgeld mehr zahlen müssen. Es sei „grotesk“, so Marret Bohn (Grüne), dass derzeit viele junge Menschen monatlich 290 Euro aufbringen müssten, um sich in einem „Mangelberuf“ ausbilden zu lassen. Den Bund ruft die Nord-Ampel auf, Umschulungen zur Pflegefachkraft komplett zu finanzieren. Bisher werden fürs dritte Ausbildungsjahr Beiträge fällig. Um mehr Geld in die Ausbildung stecken zu können, erwägen SPD, Grüne und SSW auch eine Ausbildungsumlage. Die müssten dann gegebenenfalls alle Betriebe zahlen, in denen Alten-, Kranken- oder Kinderkrankenpfleger arbeiten.

Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) kündigte außerdem an, stufenweise ab 2013 insgesamt 400 weitere Ausbildungsplätze in der Altenpflege zu schaffen. Katja Rathje-Hoffmann (CDU) bezweifelte jedoch, dass die Ziele der Ministerin dem „tatsächlichen Bedarf“ entsprechen. Zudem würden die neuen Stellen ungleichmäßig über das Land verteilt. Daneben wurden seitens der Opposition mehr Landesmittel, eine Imagekampagne für den Pflegeberuf sowie geringere Hürden für ausländische Fachkräfte angemahnt (s. auch *Meldung rechts*).

Der Sozialausschuss behandelt das Thema weiter.

Weitere Redner: B. Pauls (SPD), A. Klahn (FDP), W. Dudda (Piraten), F. Meyer (SSW) / (Drucksachen 18/183, /215) ■



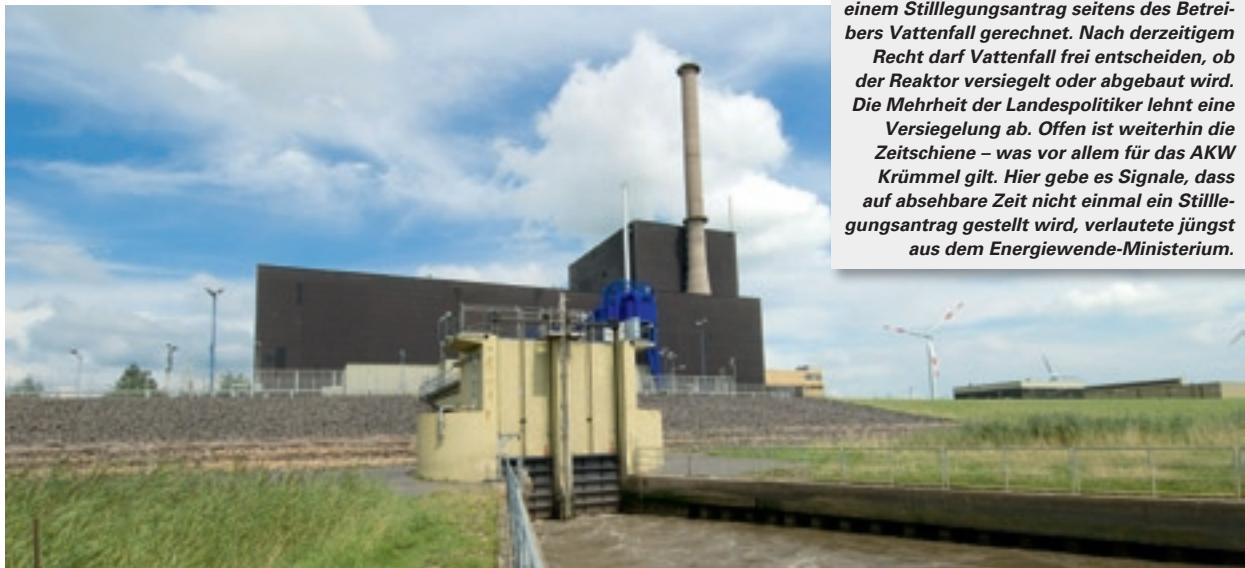
Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in schleswig-Holstein wird laut den Berechnungen der Pflegestatistik vom Jahresanfang von derzeit rund 80.000 auf 114.000 im Jahr 2025 ansteigen. Mit dieser Entwicklung hält die Zahl der Pflegefachkräfte noch nicht Schritt. Insbesondere der Nachwuchs fehlt.

Sprachniveau "B2" infrage gestellt

Zu hohe Sprachanforderungen sollen ausländischen Pflegefachkräften nicht den Weg nach Schleswig-Holstein verbauen. Das fordert die FDP. Die Messlatte dürfe „nicht höher liegen als zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit notwendig ist.“ Hintergrund des Antrags: Das So-

zialministerium hat im September 14 spanischen Pflegern wegen zu geringer Deutschkenntnisse die Arbeitszulassung verweigert. Anders als noch unter Schwarz-Gelb wird nun für Pflegekräfte aus der EU das Sprachniveau "B2" verlangt, das „eine spontane und fließende Verständigung“ voraussetzt.

Der Antrag wurde an den Sozialausschuss überwiesen. (Drs. 18/206) ■



Für das im Sommer 2011 abgeschaltete Kernkraftwerk Brunsbüttel wird zeitnah mit einem Stilllegungsantrag seitens des Betreibers Vattenfall gerechnet. Nach derzeitigem Recht darf Vattenfall frei entscheiden, ob der Reaktor versiegelt oder abgebaut wird. Die Mehrheit der Landespolitiker lehnt eine Versiegelung ab. Offen ist weiterhin die Zeitschiene – was vor allem für das AKW Krümmel gilt. Hier gebe es Signale, dass auf absehbare Zeit nicht einmal ein Stilllegungsantrag gestellt wird, verlautete jüngst aus dem Energiewende-Ministerium.

AKW-Rückbau: Landtag fordert festen Zeitplan... ...und will größeren Einfluss der Länder

Die Landesregierung fordert den Bund auf, den Atom-Aufsichtsbehörden der Länder mehr Befugnisse an die Hand zu geben, damit diese feste Fristen für den Rückbau der Kernkraftwerke setzen können. Einen entsprechenden Antrag der Koalition befürworteten auch FDP und Piraten.

Die Weichen für den „unumkehrbaren Atomausstieg müssen jetzt und heute gestellt werden“, begründete Olaf Schulze (SPD) den Vorstoß. Der Christdemokrat Jens Magnussen hob dagegen hervor, dass jeder AKW-Standort ein „individuelles Ausstiegsszenario“ benötige. Die Sicherheit der Bevölkerung, auch in Verbindung mit der Frage der Endlagerung, stehe über allem.

Ende Oktober hat Energieminister Robert Habeck (Grüne) die geforderte Bundesratsinitiative auf den Weg ge-

bracht. In der Landtagsdebatte kritisierte er den Betreiber Vattenfall, der noch keinen Antrag auf die Stilllegung des AKW Krümmel gestellt habe.

Weitgehend einig waren sich alle Fraktionen, dass das radioaktive Material aus den stillgelegten AKW Brunsbüttel und Krümmel sowie dem noch in Betrieb befindlichen AKW Brokdorf keinesfalls vor Ort versiegelt und eingeschlossen werden darf.

Weitere Redner: D. Matthiessen (Grüne), O. Kumbartzky (FDP), A. Beer (Piraten), F. Meyer (SSW) / (Drs. 18/180, /323) ■

"Wasserpennig" droht zu versiegen

Die Liberalen befürchten, dass künftig weniger Geld für den Naturschutz bereitsteht, weil die Einnahmen aus der Oberflächenwasserabgabe weiter einbrechen werden. Deswegen will die FDP einen größeren Anteil des sogenannten Wasserpennigs für den Gewässerschutz und für nachhaltige Wassernutzung verwenden.

Das Land erhebt für die Wasserentnahme aus Flüssen oder Seen seit dem Jahr 2000 eine Abgabe – derzeit sind es 0,77 Cent je Kubikmeter. Vor allem die Kernkraftwerke werden für die Entnahme von Kühlwasser aus der Elbe zur Kasse gebeten. Da aber die schleswig-holsteinischen Meiler stillgelegt werden sollen, dürfte diese Einnahmequelle, die in Spitzenzeiten bis zu 40 Millionen Euro einbrachte, größtenteils versiegen, mahnte Oliver Kumbartzky (FDP). Die Liberalen wollen deswegen statt bisher 50 Prozent künftig 70 Prozent der Abgabe für Öko-Projekte reservieren.

Redner der Nord-Ampel wiesen darauf hin, dass der Wasserpennig nie eine verlässliche Einnahmequelle gewesen sei, zumal die AKW Brunsbüttel und Krümmel seit Jahren stillstehen. Es wurde angezweifelt, ob der FDP-Vorschlag helfe, jährlich 18 Millionen Euro in den Gewässerschutz investieren zu können. Auf diese Summe hat sich das Land verpflichtet.

Die Ausschüsse Umwelt und Agrar sowie Finanzen beraten weiter. Weitere Redner: H. Götsch (CDU), L. Winter (SPD), R. Andresen (Grüne), F. Meyer (SSW), Umweltminister R. Habeck (Grüne) - die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte / (Drucksache 18/182) ■

CDU / FDP: Westküste nicht abhängen

Christdemokraten und Liberale haben der Koalition vorgeworfen, die Westküstenregion zu vernachlässigen. Jens Magnussen (CDU) äußerte „Sorgen um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen“.

Die Oppositionsfraktionen beklagten insbesondere, dass die Nord-Ampel mit ihrem Nein zum Kohlekraftwerk Brunsbüttel und zum Bauabschnitt der A20 im Kreis Steinburg zwei Schlüsselprojekte zu Fall gebracht habe. Die CDU verlangt, dass die Landesregierung künftige Förderschwerpunkte

in einem integrierten Westküstenplan zusammenfasst, die FDP will ein spezielles Infrastrukturkonzept.

SPD, Grüne und SSW wiesen die Vorwürfe zurück. „Das Zentrum der Energiewende“ habe hervorragende Perspektiven und sei von enormer politischer Bedeutung. SPD-Wirtschaftsminister Rein-

hard Meyer will eine Projektgruppe für die Westküste einrichten.

Die Anträge wurden an die Ausschüsse Wirtschaft und Finanzen überwiesen.

Weitere Redner: G. Trauernicht (SPD), A. Tietze (Grüne), O. Kumbartzky (FDP), F. Meyer (SSW) - die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte / (Drs. 18/98neu, /129, /139) ■

Knickschutz in der Diskussion

Koalition sieht Handlungsbedarf / Opposition widerspricht

Der von SPD, Grünen, Piraten und SSW getragene und vom BUND begrüßte Beschluss des Landtages, die Landesregierung zu Änderungen am Knickschutz zu bewegen, hat nicht nur CDU und FDP erzürnt. Auch der Bauernverband reagierte verschnupft und sprach

nach der emotionsgeladenen Plenardebatte von „praxisfremden Vorschlägen, die die Akzeptanz für Naturschutz und wirtschaftliche Entwicklung des Landes“ gefährdeten. Die Nord-Ampel widersprach und führte zu laxen Schutz- und Kontrollregelungen an.

Konkret fordert die Koalition ein neues Knickschutz-Programm, in dem unter anderem „ausreichend dimensionierte Schutzstreifen entlang der Knicks zu sichern“ seien. Außerdem solle die Landesregierung prüfen, ob diese Naturräume bei der UNESCO als Welterbe Kulturlandschaften angemeldet werden können.

CDU und FDP bestritten die Notwendigkeit verschärfter Schutzmaßnahmen. Die rund 68.000 Kilometer lange Knicklandschaft im Lande sei unter anderem durch Naturschutzgesetze und Biotopverordnungen besser geschützt als je zuvor. Auch Ausgleichszahlungen von der EU würden die Landwirte motivieren, eine fachgerechte Pflege vorzunehmen. Ein besonderer Dorn im Auge war den Oppositionsfraktionen die Forderung nach einem etwa einen Meter breiten Schutzstreifen entlang der Knicks: Dies würde einen Verlust von mehreren tausend Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bedeuten, so die Kritik.

Redner der Koalition und Piraten stellten dagegen heraus, dass es seit dem Wegfall der Knickverordnung im Jahr 2005 viele Verstöße gegen den Knickschutz gegeben habe. Marlies Fritzen von den Grünen, die den Antrag initiiert hatten, sprach von einem „jämmerlichen Anblick“ vieler Knicks. Im Jahr 2010 seien „insgesamt 201 Verstöße gegen die ohnehin laxen

Schutzbestimmungen registriert worden, davon 42 mit Bußgeldern sanktioniert“.

Einig war sich das Plenum darin, dass die Knicks sowohl eine wichtige ökologische als auch ökonomische Bedeutung haben (Lebensraum für Tierarten und Erosionsschutz). Ob eine Anmeldung als UNESCO-Kulturlandschaftserbe überhaupt möglich ist, wurde unterschiedlich bewertet – vor allem aus formalrechtlicher Sicht in Bezug auf die das ganze Land überziehende Knicklandschaft.

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) gab zu Protokoll, dass in den letzten Jahren „die Gewichte zu sehr und zu einseitig auf die Landwirtschaft und auf die landwirtschaftlichen Interessen verschoben wurden“.

Der Umwelt- und Agrarausschuss will sich bei einem Außentermin über die Situation informieren.

Weitere Hauptredner: S. Redmann (SPD), O. Kumbartzky (FDP), A. Beer (Piraten), F. Meyer (SSW) / (Drs. 18/186) ■

Knickschutz verschärfen? Pro und Kontra



Marlies Fritzen (Grüne): „Der Knickschutz wurde in den letzten Jahren aus politischen Gründen systematisch ausgehöhlt.“ (...) „Immer mehr Knicks bieten das Bild einer Kulturlandschaft, die in den letzten Jahren an vielen Orten regelrecht verschandelt wurde.“



Heiner Rickers (CDU): „Die Knicks sind nach heutiger Gesetzeslage besser geschützt als je zuvor.“ (...) „Eine Anerkennung als UNESCO-Kulturlandschaftserbe ist absolut ausgeschlossen. Dann müssten wir ganz Schleswig-Holstein mit einbeziehen, weil überall Knicks sind.“

Schleswig-Holsteins Fischer sollen sich stärker an Öko-Kriterien orientieren

Der Landtag macht sich für eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Fischerei in Schleswig-Holstein stark. Eine breite Mehrheit aus SPD, Grünen, Piraten und SSW forderte, den EU-Meeres- und Fischereifonds, der für die Jahre 2014 bis 2020 aufgelegt wird, zum Anlass zu nehmen, um stärker auf ökologische Kriterien zu setzen – wie die Durchsetzung von Standards für Aqua-Kulturen und die Begrenzung des Beifangs.

Redner von Union und FDP bezeichneten den Vorstoß als überflüssig. Sie erinnerten daran, dass der Landtag bereits in der April-Sitzung die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Fischereipolitik grundsätzlich begrüßt und eine ökologische, wirtschaftliche und sozial nachhaltige Ausrichtung der Politik angemahnt hatte.

Laut Brüssel sollen die Fischbestände bis spätestens 2015 nicht mehr über ihre natürliche Reproduk-

tionsfähigkeit hinaus ausgebeutet werden. Rund drei Viertel der Bestände gelten nach EU-Kommissionsangaben als überfischt. Brüssel will deshalb die Fangquoten strenger an wissenschaftlichen Kriterien orientieren. Daneben soll der Rückwurf des sogenannten Beifangs verboten werden.

Hauptredner: B. Voß (Grüne), K. Jensen (CDU), L. Winter (SPD), O. Kumbartzky (FDP), A. Beer (Piraten), F. Meyer (SSW), Minister R. Habeck (Grüne) / (Drs. 18/185) ■



Derzeit besteht die schleswig-holsteinische Fischereiflotte nach Angaben der Landesregierung aus rund 700 Fischereifahrzeugen, die überwiegend zwischen sechs und 24 Metern lang sind. Die Struktur dieser Flotte beruht in erster Linie auf Familienbetrieben, die in der Nordsee im Wesentlichen dem Krabbenfang und in der Ostsee hauptsächlich dem Dorsch- und Heringsfang nachgehen.

Themen ohne Aussprache...

GEMA-Gebühren

Im Zusammenhang mit der neuen GEMA-Tarifstruktur will der Landtag Künstler, Veranstalter von Kulturveranstaltungen und Diskothekenbetreiber vor drastischen Abgabenerhöhungen bewahren. Die Landesregierung soll für eine Schlichtung eintreten. Der Antrag wurde an die Ausschüsse Innen und Recht, Bildung sowie Wirtschaft überwiesen. (Drs. 18/189)

Straßen-Instandhaltung

Die Nord-Ampel will rund 43 Millionen Euro, die der Bund den Kreisen und Gemeinden im laufenden Jahr aus dem Gemeinde-Verkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zuschießt, zu 70 Prozent in den Öffentlichen Personennahverkehr und zu 30 Prozent in die Instandhaltung der Straßen investieren. Dagegen protestiert die CDU; sie fordert mehr Geld für die Sanierung der Straßen. Der Wirtschaftsausschuss berät. (Drs. 18/144)

Gigaliner-Feldversuch

FDP und CDU setzen sich für die Erprobung von Groß-Lkw ein und wenden sich gegen die Entscheidung der Landesregierung, die Baden-Württemberg bei einer Klage vor dem Bundes-Verfassungsgericht gegen den Gigaliner-Feldversuch unterstützen will. Der Antrag wurde an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. (Drs. 18/160neu)

Fehmarnbelt-Anbindung

Die Union besteht auf einer „bürgerfreundlichen“ Gestaltung der Schienen-Hinterlandanbindung im Zuge der geplanten Fehmarnbelt-Querung und verweist dabei auf Badeorte, die eine Lärmbelästigung vor allem durch Güterzüge befürchten. Der Vorstoß wurde ebenso an den Wirtschaftsausschuss überwiesen wie ein Koalitionsantrag, der betont, dass Berlin bei der Finanzierung der Hinterlandanbindung in der Pflicht sei. (Drs. 18/86, /131)

Gemeinde- und Kreisordnung

Spenden an kommunale Einrichtungen sollen erst ab einem Betrag von über 50 Euro von der Verwaltung genehmigt werden müssen. Der Gesetzentwurf von SPD, Grünen, FDP und SSW wird im Innen- und Rechtsausschuss beraten. (Drs. 18/201neu)

Landes-Meldegesetz

Im Zuge des neuen Rundfunkgebühren-Staatsvertrags, der am 1. Ja-

Landtagswahl: Anfechtungen zurückgewiesen

Mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen, FDP, SSW und zwei Abgeordneten der Piraten hat der Landtag 26 Einsprüche gegen die Gültigkeit der Landtagswahl vom 6. Mai zurückgewiesen. Das Plenum folgte einer Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses. 21 Einsprüche richteten sich dagegen, dass der SSW als Partei der dänischen Minderheit von der Fünf-Prozent-Sperrklausel befreit ist. Der Ausschuss äußerte an der „Vollgültigkeit der Mandate des SSW keine Zweifel“. In diesem Sinne hatte 2005 auch das Bundesverfassungsgericht entschieden.

Aus Sicht der Kritiker hat sich die Lage seitdem geändert. Nach der Wahl trat der SSW (4,6 Prozent) in eine Regierung mit SPD und Grünen ein. Mit Anke Spoerrendonk stellt die Partei die Justiz- und Kulturministerin. Gegen den Sonderstatus sind nun Klagen der Jungen Union vor dem Landesverfassungsgericht angekündigt. (Drucksache 18/163) ■

nuar 2013 in Kraft tritt, soll die Übermittlung von Daten an den NDR beziehungsweise die GEZ, beispielsweise bei An- oder Abmeldungen, künftig nach dem Landesmeldegesetz erfolgen. Bislang erfolgte die Benachrichtigung über eine landesrechtliche Regelung nach dem 3. Rundfunkänderungs-Staatsvertrag. Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf wurde zur Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. (Drs. 18/188)

Fraueneinrichtungen

Die Landesregierung soll zur Finanzierung der landesweit elf Beratungsstellen „Frau und Beruf“ ab 2014 Mittel aus dem Zukunftsprogramm Arbeit bereit stellen, damit weiterhin eine Finanzierung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds sicher gestellt werden kann. Während dies im Sozialausschuss beraten werden soll, lehnte die Koalition einen Antrag von FDP und CDU ab, das in der letzten Legislaturperiode von Schwarz-Gelb vorgelegte Konzept für die Frauenhäuser, Frauen-Beratungsstellen und Mädchentreffs umzusetzen. Stattdessen drängt die Nord-Ampel darauf, gemeinsam mit den Kommunen und dem Landesjugendring ein neues „tragfähiges Konzept“ zu erarbeiten. (Drs. 18/156neu; /230 - 18/184, /233)

Drogenpolitik

CDU und Liberale protestieren gegen Überlegungen, den Grenzwert für den straffreien Eigenverbrauch von weichen Drogen wie Cannabis zu erhöhen, und sie wenden sich gegen die Erprobung eines sogenannten Drogen-TÜVs vor Diskotheken. Hier soll der Reinheitsgrad von Rauschmitteln bestimmt werden können. Die Anträge werden im Sozialausschuss diskutiert. (Drs. 18/157, /216; /179)

Außerdem kurz notiert

- Laut einem Regierungsbericht beträgt die Mindest-Wohnfläche für einen **Asylbewerber** in einer schles-

wig-holsteinischen Gemeinschaftsunterkunft sechs Quadratmeter. Das entspricht dem Standard, der auch in anderen Bundesländern gelte. Der Bericht wurde zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. (Drs. 17/2525, 18/155) • Einstimmig hat der Landtag dem **Landesrechnungshof** Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung erteilt. Die Behörde gab rund 6,34 Millionen Euro aus. Davon entfielen 4,9 Millionen Euro auf die rund 100 Mitarbeiter. (Drs. 18/175)

- Die Piraten fordern ein **Landespendenkonto** für die Tilgung von Schulden des Landes. Das Finanzministerium wies unterdessen darauf hin, dass es ein solches Konto bereits seit 2011 gibt. Das Thema wurde an den Finanzausschuss überwiesen. (Drs. 18/194) • Mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW hat der Landtag einen Vorstoß der Piraten mit zahlreichen Änderungswünschen am **Meldegesetz** abgelehnt. Begründung: Ein Großteil der vorgelegten Forderungen gehe zu weit. (Drs. 18/102, /197) - Debatte bei Antragstellung: *Landtagszeitung* 06/2012 • Das für den Verfassungsschutz zuständige **parlamentarische Kontrollgremium** ist künftig auch für den Bereich der Wohnraumüberwachung zuständig. Das Plenum votierte einstimmig für einen entsprechenden interfraktionellen Antrag. (Drs. 18/205) • Der Landtag hat drei **Regierungsberichte** zu den Themen Wohnverhältnisse von Senioren (Drs. 18/151), EU-Wasserrahmenrichtlinie (Drs. 18/177neu) sowie Natura-2000-Gebiete (Drs. 18/162neu) angefordert. Die Berichte sollen zum Dezember beziehungsweise Januar vorliegen. • Außerdem hat der Landtag, wie zu Beginn einer jeden Wahlperiode üblich, den **Richterwahlausschuss** neu besetzt. Der Ausschuss entscheidet gemeinsam mit dem Justizministerium über die Besetzung von Richterposten. Die gewählten Mitglieder sind in der Drucksache 18/226 aufgelistet. ■



Wahlrecht ab 16? Das sagen die Experten

Sind 16- und 17-Jährige reif genug, um den Landtag mit zu wählen? Diese Frage wird in Schleswig-Holstein seit langem diskutiert. Nachdem andere Bundesländer bereits eine Absenkung des Wahlalters beschlossen haben, unternehmen SPD, Grüne und SSW einen erneuten Anlauf. Im August hat das Plenum den Gesetzentwurf erstmals debattiert (siehe Landtagszeitung 07/2012). Nun haben Fachleute aus Forschung und Gesellschaft gegenüber dem Innen- und Rechtsausschuss Stellung bezogen und zahlreiche Argumente vorgebracht.

Pro: „Die kognitive Entwicklungs-
forschung zeigt, dass in der Alters-
spanne zwischen 12 und 14 Jahren
bei fast allen Jugendlichen ein
intellektueller Entwicklungsschub
stattfindet, der sie dazu befähigt,
abstrakt, hypothetisch und logisch
zu denken.“

(Prof. Klaus Hurrelmann, Hertie
School of Governance, Berlin)

dungsprozesse, die die Gestaltung
ihres Lebensumfeldes in Familie,
Schule, Kommune u.a. betreffen.“
(Irene Johns und Nina Becker,
Deutscher Kinderschutzbund,
Landesverband SH)

Kontra: „Das häufig benutzte
Argument, man müsse Jugend-
lichen durch die Absenkung des
Wahlalters die Vertretung ihrer
eigenen Interessen ermöglichen,
ist nicht schlüssig. Die eigenständige
Vertretung ihrer Interessen
wäre nur dann möglich, wenn
minderjährige Jugendliche nicht
nur wählen dürften, sondern auch
wählbar wären.“

(Dr. Stephan Eisel, Konrad-
Adenauer-Stiftung, St. Augustin)

Kontra: „Mit 18 Jahren sind die
Menschen uneingeschränkt
geschäftsfähig, sie sind dann volljäh-
rig mit einer Reihe von Rechten
und Pflichten. Daran will die Politik
aus guten Gründen nichts ändern.
Von daher sollte auch das Wahl-
alter nicht gesenkt werden, da es
zwischen Wahlalter und Volljährig-
keit einen Zusammenhang gibt.“

(Claudia Zempel, Städteverband
SH u. Evelyn Dallal, Landkreistag)

Pro: „In den heutigen Zeiten einer
immer älter werdenden Gesell-
schaft ist es umso wichtiger, auch
die Jugendlichen zu hören und
ihre Positionen anzuerkennen und
wertzuschätzen, damit sie sich
durch Wählen und später auch direk-
t in die Politik einbringen.“

(Lukas Johnsen, Arbeitsgemein-
schaft der Landesschülervertre-
tungen)

Pro: „Der Landesjugendring tritt
seit langem dafür ein, die Betei-
ligungsrechte junger Menschen
auszubauen, weil das Erlernen
von Verantwortungsübernahme
zum Beispiel im Lernfeld der eh-
renamtlichen Jugendarbeit einen
entscheidenden Beitrag zum Er-
werb persönlicher, sozialer und
politischer Kompetenz leistet.“

(J. P. Jensen, Landesjugendring)

Kontra: „Jugendliche zwischen
16 und 18 bleiben in deutlich gerin-
gerem Maße an Politik interessiert
als ältere Jahrgänge. Umfrageer-
gebnisse lassen erkennen, dass
viele Jugendliche erst ab 17 Jahren,
meistens aber erst sehr viel später
Interesse an Politik entwickeln.“

(Prof. Joachim Krause, Politikwis-
senschaft an der Uni Kiel)

Kontra: „Sowohl in Österreich
als auch in Bremen wählten die
jüngsten Wähler mit höherer
Wahrscheinlichkeit eine rechtsra-
dikale Partei als alle Wähler.“

(Dr. Jan Kercher, Uni Hohenheim)

Pro: „Beteiligung ist nach der
UN-Kinderrechtskonvention ein
elementares Recht. Es soll Kin-
dern und Jugendlichen entspre-
chend ihres Entwicklungsstandes
die Möglichkeit geben, mit ihrer
eigenen Welt- und Problemsicht
Einfluss zu nehmen auf Entschei-
dungen.“

Pro: „Eine Senkung der Alters-
grenze ist überfällig (...). Jugend-
liche dürfen mit 14 selbst über
ihre Religion bestimmen und ei-
ner Partei beitreten, und können
für strafrechtliches Vergehen zu
bis zu zehn Jahren Haft verurteilt
werden. Sie dürfen mit 16 heira-
ten und ihr Testament ablegen,
und sie dürfen sich mit 17 als
Zeitsoldat bei der Bundeswehr
verpflichten.“

(Wolfgang Gründinger, Stiftung
für die Rechte zukünftiger Gene-
rationen, Stuttgart)

EU-Ausschuss in Brüssel

Ähnlich der 10. "Europäischen Woche der Regionen und der Städte" hat der Europaausschuss Anfang Oktober in Brüssel die Anliegen Schleswig-Holsteins gegenüber der EU zur Sprache gebracht. Ein Kernpunkt der Beratungen mit Europaparlamentariern, EU-Botschaftern sowie Vertretern der Kommission und des Ausschusses der Regionen war die Energiewende und der Netzausbau.

Zudem warben der Vorsitzende Peter Lehnert und die Abgeordneten aller Fraktionen für den deutsch-dänischen Grenzraum: Brüssel müsse seine Mittel für das sogenannte Interreg-Programm aufstocken, um die Grenzregion als „gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum“ voranzubringen. Daneben standen die Wirtschafts- und Finanzkrise und der kommende EU-Haushalt auf dem Programm, und die Parlamentarier informierten sich über die Kohäsionspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik, das Vergaberecht, die Justizpolitik und die Möglichkeiten der Landtage, auf EU-Entscheidungen Einfluss zu nehmen. ■

67 neue Petitionen

Beim Petitionsausschuss sind im zweiten Quartal dieses Jahres 67 Eingaben neu eingetroffen. 113 Petitionen hat der Ausschuss zwischen April und Juni abschließend behandelt, davon 49 ganz oder teilweise zugunsten der Petenten. Laut dem Ausschussvorsitzenden Uli König, der den Bericht im Landtag vorstellte, lagen die Schwerpunkte in den Bereichen Finanzen und Justiz. (Drucksache 18/158)

König und sein Stellvertreter Volker Dornquast haben zudem Ende September in Erfurt an der Jahreskonferenz der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder teilgenommen. Bei dem Treffen ging es unter anderem um die Zusammenarbeit der verschiedenen Petitionseinrichtungen und um Online-Petitionen.

Frisch erschienen ist das neue Falldokument des Petitionsausschusses. Es gibt einen Überblick, welche Abgeordneten wo im Lande zuständig sind. Die Broschüre kann kostenlos im Referat für Öffentlichkeitsarbeit bestellt werden: Tel. 0431/988-1163 oder per Mail: bestellungen@landtag.lth.de ■

200 Jahre Verfassung: Norwegen feiert in Kiel

Parlamentarischer Festakt im Landtag

Im Jahr 2014 wird Norwegen das 200. Jubiläum seiner Verfassung und seiner Unabhängigkeit von Dänemark feiern – und hierbei sollen die Stadt Kiel und das Landeshaus eine tragende Rolle spielen. Hintergrund ist der "Kieler Friede" vom 14. Januar 1814.

Damals musste der dänische König Frederik VI., der in den napoleonischen Kriegen zunächst auf der Seite Frankreichs gestanden hatte, auf britischen und schwedischen Druck umfangreiche Gebietsverluste hinnehmen. Unter anderem schied Norwegen aus der seit 1380 bestehenden Personalunion mit Dänemark aus und fiel an Schweden. Gegen die neuen Herren konnten die Norweger dann eine eigene Verfassung durchsetzen, die am 17. Mai 1814 in Kraft trat, dem heutigen norwegischen Nationalfeiertag. Die endgültige Unabhängigkeit erreichte das Land 1905.

Zum 200. Jahrestag der Ereignisse von 1814 plant der Storting, das norwegische Parlament, ein großes Festprogramm, das im Januar 2014 in Kiel beginnen soll. Vorgesehen sind unter anderem ein parlamentarischer Festakt im Landtag, eine Aus-

stellung im Stadtmuseum und ein Historiker-Kongress an der Christian-Albrechts-Universität.

Zudem ist eine Gedenkstunde in der Dänischen Straße geplant – dort, wo vor knapp 200 Jahren der "Kieler Friede" unterzeichnet wurde. Eine hochrangige Delegation des norwegischen Parlaments und der Regierung wird hierzu an der Förde erwartet.

Der norwegische Botschafter Erik Svedmann hatte bereits Mitte September die Landeshauptstadt besucht und dabei mit Landtagspräsident Klaus Schlie erste Absprachen über die Feierlichkeiten getroffen. Der gesamte Landtag freue sich auf dieses besondere Ereignis, betonte Schlie: „Dadurch werden wir die ohnehin hervorragenden Beziehungen zu unseren norwegischen Nachbarn weiter vertiefen.“ ■



Vorbereitungen für den Festakt: Der norwegische Botschafter Erik Svedmann (re.) besuchte im September Landtagspräsident Klaus Schlie

Buchtipps

Edgar Wolfrum
Die gegückte Demokratie
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart

Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 704 Seiten, 3,50 Euro

„Bonn ist nicht Weimar“, so schrieb „Bes der Publizist Fritz René Allemann bereits 1956, und in der Tat ist die zweite Demokratie auf deutschen Boden im Gegensatz zur ersten gelückt. Der Heidelberger Ordinarius Edgar Wolfrum beschreibt, warum. In 14 fließend erzählten, mit Bildern, Karikaturen, Karten, Tabellen, Statistiken und einer Zeittafel behutsam angereicherten Kapiteln entwickelt er die „Erfolgsstory“ der zweiten Re-

Die Landeszentrale für politische Bildung bietet mehrere hundert Bücher und Zeitschriften zu den Themen Politik, Geschichte und Gesellschaft an – kostengünstig oder gratis. In lockerer Reihe präsentiert die Landtagszeitung einige dieser Publikationen als Buchtipps. Das komplette Angebot steht im Internet: www.politische-bildung-sh.de

publik, vom Aufbruch aus Ruinen und dem Wirtschaftswunder bis zur Wiedervereinigung und dem Ende der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer. Gemäß seinem Titel spricht aus fast jeder Zeile des Buches ein positiver, hoffnungsvoller Geist, Untergangsszenarien sind Wolfrums Sache nicht. Er geht immer mit der Konjunktur und ist der Zukunft zugewandt. Ein Geschichtsbuch im besten Sinne!

Klaus Kellmann

Kurz notiert - Personalien -

Martin Habersaat (SPD) und **Peter Sönnichsen (CDU)** sind bis zum 31. März 2013 Mitglieder des Stiftungsrates der Kulturstiftung Schleswig-Holstein. Das hat der Landtag im September entschieden. Ab dem 1. April 2013 wird dann

Beate Raudies den Posten ihres Parteikollegen Habersaat übernehmen, während Sönnichsen im Amt bleibt. Die 1984 eingerichtete Stiftung erwirbt Kunstwerke für das Land, vergibt Stipendien und veranstaltet Tagungen und Ausstellungen. (Drucksache 18/203)

Wolfgang Kubicki, FDP-Fraktionschef, ist erneut zum Vorsitzenden der sogenannten G10-Kommission gewählt worden. Als Beisitzer bestimmte der Landtag Astrid Damerow (CDU) und Tobias von Pein (SPD). Stellvertretende Mitglieder sind Barbara Ostmeier und Volker Dornquast (beide CDU) sowie Simone Lange (SPD). Die Kommission überwacht mögliche Eingriffe des Verfassungsschutzes in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das im Artikel 10 des Grundgesetzes garantiert wird. (Drucksache 18/227neu)

Peter Harry Carstensen, ehemaliger Ministerpräsident und CDU-Landtagsabgeordneter, ist aufgrund seines Engagements für die Kontakte Schleswig-Holsteins nach Ostasien ausgezeichnet worden. Im September ernannte ihn eine Delegation aus der chinesischen Provinz Zhejiang zum Ehrenbürger der Region, mit der Schleswig-Holstein seit 1986 ein Partnerschaftsabkommen verbindet.

Lothar Hay, ehemaliger SPD-Fraktionschef und Landes-Innenminister, ist im September zum Vorsitzenden des Medienrates der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein gewählt worden; die vormalige CDU-Abgeordnete **Roswitha Strauß** wurde stellvertretende Vorsitzende.

Berichtigung: In der letzten Ausgabe der Landtagszeitung wurde **Axel Bernstein** in dem Artikel „Mit 16 den Landtag wählen“ versehentlich als parlamentarischer Geschäftsführer der CDU bezeichnet. Dies war er jedoch in der vergangenen Wahlperiode, jetzt ist es **Hans-Jörn Arp**.



24. Altenparlament im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Wer im Alter nicht in die Armut abrutschen soll, der muss während seines Erwerbslebens die Möglichkeit haben, finanziell vorzusorgen. Unter diesem Leitmotiv hat sich das schleswig-holsteinische Altenparlament in die aktuelle Debatte über das zukünftige Rentenniveau eingemischt. Die 81 Dele-

gierten aus Seniorenbeiräten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien waren Ende September für einen Tag ins Kieler Landeshaus gekommen, um nach intensiven Beratungen ein gemeinsames Abschlusspapier zu verfassen und um mit Abgeordneten aller Fraktionen zu diskutieren.

Zentrale Punkte aus dem Forderungskatalog, der in vier Arbeitskreisen vorbereitet und in einer Plenardebatte beschlossen wurde: Das Altenparlament spricht sich für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10,20 Euro aus. Hartz-IV- und Sozialhilfe-Bezieher sollen ein „Schonvermögen“ von 5.000 Euro für sich behalten können, auch wenn sie öffentliche Leistungen beziehen; zurzeit sind es lediglich 2.600 Euro. Zudem soll die Kindererziehung mehr als bisher bei der Rente berücksichtigt werden, und Beschäftigungsverhältnisse sollen grundsätzlich „ab dem ersten Euro“ sozialversicherungspflichtig sein.

Auch die heutigen Rentner wollen die Altenparlamentarier bessерstellen. So plädieren sie dafür, die Grundsicherung im Alter anzuheben und größtenteils steuerfrei zu stellen. Und: Die Überschüsse in den Rentenkassen sollen zur Erhöhung des Rentenniveaus verwendet werden.

Nun sind die Fraktionen des Landtages, die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten und die Landesregierung am Zug: Sie werden zu den rund 50 Anregungen Stellung

beziehen – oder aber, wie es in den letzten Jahren häufiger geschehen ist, die Forderungen des Altenparlaments direkt in parlamentarische Initiativen aufzunehmen. Abgeschlossen wird der Austausch zwischen Senioren und Politik mit einer nachbereitenden Diskussionsrunde am 1. März nächsten Jahres.

Zur Eröffnung der diesjährigen 24. Auflage des Schleswig-Holsteinischen Altenparlaments betonte Landtagspräsident Klaus Schlie, dass die Beschlüsse der Senioren-Politiker für den Landtag „ein wichtiger Ratgeber“ seien: „Wir werden uns wie immer sehr ernsthaft damit auseinandersetzen, darauf können Sie sich verlassen.“

Fachliche Unterstützung kam von dem Jenaer Sozialwissenschaftler Prof. Michael Opielka. Er gab den Delegierten in seinem einleitenden Referat zum Thema „Gesellschaftliche Armut – zukünftige Entwicklungen und Lösungsansätze“ wertvolles Hintergrundwissen an die Hand. Opielka plädierte dafür, ein Bürgergeld einzuführen, das allen Menschen als Grundeinkommen zur Verfügung stehen soll.

Geleitet wurde das diesjährige Altenparlament von einem neuen Präsidium: Als Präsident fungierte Dietmar Bolze (Deutscher Beamtenbund), ihm zur Seite standen Kurt Blümlein (Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen) sowie Ute Algier (Landesarbeitsgemeinschaft Heimmitwirkung).

Alle Anträge, Beschlüsse, Fotos und viele weitere Informationen zum 24. Altenparlament finden Sie im Internetangebot des Landtages: www.sh-landtag.de (Rubrik Service) ■

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 7121, 24171 Kiel
Annette Wiese-Krukowska (verantwortlich),
Tel.: 0431/988-1116, E-Mail: awk@landtag.ltsh.de
Detlef Ziep, Tel.: 0431/988-1527,
E-Mail: detlef.ziep@landtag.ltsh.de
Karsten Blaas, Tel.: 0431/988-1125,
E-Mail: karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Fotos: M. August, K. Blaas, T. Eisenkrätzer, grafikfoto.de (S. 9, 10, 11), Husum Windenergy/Messe Husum&Congress (S. 3), Landesarchiv Schleswig (S. 16), R. Simon, D. Ziep

Satz, Grafik und Druck:

Schmidt & Klaunig, Medienhaus Kiel, Ringstr. 19, 24114 Kiel

Bezug der Landtagszeitung:

(Abonnement u. Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Öffentlichkeitsarbeit, L308, Postfach 7121, 24171 Kiel oder Telefon: 0431/988-1163 (Fax: 988-1119) o. E-Mail: bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung erscheint zehnmal jährlich, jeweils wenige Tage vor jeder Plenartagung. Sie wird auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Der Landtag im Internet:

www.sh-landtag.de

Volkshochschulen präsentieren sich

Am Sonnabend, dem 10. November präsentieren die schleswig-holsteinischen Volkshochschulen ihr vielfältiges Angebot im Landeshaus. Von 10:00 bis 17:00 Uhr gibt es ein breitgefächertes Schnupper-Programm: von "Samba zum Mitmachen" über "Wikingerschmuck" bis zum "Sprachkurs Koreanisch". Der Landtag und die Landeszentrale für politische Bildung sind Partner des VHS-Tages, Landtagspräsident Klaus Schlie eröffnet die Veranstaltung. Zu Gast ist auch der Fernsehmoderator Ralph Caspers, bekannt aus der "Sendung mit der Maus". Das ganze Programm auf den Internetseiten der VHS: www.vhs-sh.de ■



Nr. 8/2012 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
L108, Postfach 7121, 24171 Kiel



Die Gewinner: Stellvertretend für die "Sportpiraten" nahmen Lukas und Vincent (großes Bild links, v.l.) den U21-Preis in Empfang. "Lebenswerksieger" Gunter Hagelberg (Bild oben, r.) unterhält sich mit Landtagspräsident Klaus Schlie. "Alltagsheld" ist Danny Ivers (kleines Bild).

Bürgerpreis 2012: Vorbilder für ehrenamtliches Engagement

In einer Feierstunde sind Ende Oktober in Kiel die Preisträger des diesjährigen schleswig-holsteinischen Bürgerpreises geehrt worden. Ihr ehrenamtliches Engagement für einen Skate- und BMX-Park in Flensburg brachte den "Sport-

piraten" den ersten Rang in der Kategorie U21 ein. In der Kategorie Alltagshelden wurde Danny Ivers aus dem nordfriesischen Neukirchen ausgezeichnet, und den Ehrenpreis für sein Lebenswerk erhielt Gunter Hagelberg aus Schönberg.

Mit dem regionalen Deutschen Bürgerpreis zeichneten die schleswig-holsteinischen Sparkassen und der Landtag zum neunten Mal besonderes bürgerschaftliches Engagement aus, um „die ehrenamtlich tätigen Bürger als wichtige Stützen der Gesellschaft“ zu würdigen. Die Besonderheit des Bürgerpreises liegt vor allem im Dreiklang von lokaler, regionaler und nationaler

Ebene. Die Preisträger aus den Regionen nehmen nun am Bundeswettbewerb in Berlin teil.

Das diesjährige Motto des mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Wettbewerbs lautete: "Projekt Zukunft: Engagiert für junge Leute". So sind die "Sportpiraten" mit dafür verantwortlich, dass der von ihnen betreute Skatepark "Schlachthof" nicht nur eine Trendsportstätte ist, sondern ein

Ort für generationsübergreifende Begegnungen und Kultur.

"Alltagsheld" Ivers (23) macht sich in der Jugendarbeit in Nordfriesland stark, organisiert unter anderem Freizeitangebote und -reisen, Seminare oder Kochkurse. Das Lebenswerk des 72-jährigen Hagelberg basiert auf seinem Engagement für die Theaterarbeit mit Jugendlichen – und das bereits seit 40 Jahren. ■

Mölln: Ausstellung zu Anschlägen

Im Gedenken an die fremdenfeindlichen Brandanschläge in Mölln vor 20 Jahren zeigt der Landtag in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung die Ergebnisse eines deutsch-türkischen Projektjahres in Mölln.

Die Kunstausstellung, die unter Beteiligung des Vereins "Miteinander leben", der Stadt, des Lauenburgischen Kunstvereins und dem Moschee-Verein der Sultan-Fatih Moschee realisiert wurde, trägt den Namen "Der Till heckt mit dem Nasreddin". Die Ausstellung ist kostenfrei und täglich vom 20. November bis 16. Dezember in der Zeit von 10:00 bis 18:00 Uhr im Landtag zu besichtigen.

Begleitend ist am Montag, 10. Dezember eine abendliche Podiumsdiskussion mit Veranstaltern und Künstlern geplant. Die Begrüßung übernimmt Landtagspräsident Klaus Schlie; es gibt ein musikalisches Rahmenprogramm.

Anmeldungen per Mail: kontakt@landtag.ltsh.de oder per Fax: 0431/988-1119. Weitere Informationen ab Mitte November im Internet: www.sh-landtag.de ■

Der Landtag trauert

Mit Trauer und Betroffenheit hat die Landespolitik auf den Tod zweier ehemalige Abgeordneter reagiert: Der langjährige Parlamentarier und Minister Karl Eduard Claussen ist am 5. Oktober in seiner Heimatstadt Bargteheide im Alter von 82 Jahren gestorben. Am 9. September verstarb der einstige SPD-Abgeordnete Reinhold Stühlmeyer 77-jährig.

Claussen, in Kappeln geboren, wurde 1967 erstmals als Abgeordneter für den Wahlkreis Stormarn-West in den Landtag gewählt. Bis zu seinem Ausscheiden 1996 übernahm er zahlreiche parlamentarische Aufgaben, unter anderem im Innen- und im Finanzausschuss. Zwischen 1971 und 1988 hatte Claussen mehrere Ministerposten inne: Von 1971 bis 1979 lei-

tete er das Sozialministerium, von 1979 bis 1983 das Justizressort. Zunächst geschäftsführend, übernahm er parallel 1982 das Innenministerium, das er bis 1988 führte.

In Bargteheide war er von 1962 bis 1971 Bürgermeister.



K. E. Claussen

1991 wurde Claussen Präsident des Landesverbandes des Deutschen Roten Kreuzes, dessen Ehrenpräsident er wurde. 1979 bekam er das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern verliehen.

Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte Karl Eduard Claussen auf der Trauerfeier am 19. Oktober in Bargteheide: „Er hat mit seiner Arbeit und seinem Wesen unser Land mitgeprägt, und er hat im besten Wortsinn Spuren hinterlassen.“

Der aus Osnabrück stammende Stühlmeyer gehörte dem Landtag von 1979 bis 1983 an. Der Sozialdemokrat war im Innen- und Rechtsausschuss tätig. Vor seiner Abgeordnetenzeit war der

gelernte Postler unter anderem Bezirksvorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft für den Bereich Kiel sowie Mitglied der Preetzer Stadtvertretung.



R. Stühlmeyer

„Zeitlebens machte er sich stark für soziale Gerechtigkeit, für Arbeitnehmerrechte und für ein faires Miteinander in unserer Gesellschaft“, unterstrich Landtagspräsident Klaus Schlie zum Beginn der September-Tagung des Landtages. Die Abgeordneten gedachten Reinhold Stühlmeyer mit einer Gedenkminute.